

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Jörg Bode, Thomas Brüninghoff und Horst Kortlang (FDP)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus der IHKN-Umfrage zur Innovationsfähigkeit Niedersachsens?

Anfrage der Abgeordneten Jörg Bode, Thomas Brüninghoff und Horst Kortlang (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 21.08.2020

Am 19.08.2020 veröffentlichte die IHK Niedersachsen (IHKN) eine Kurzumfrage über die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten niedersächsischer Unternehmen. In der dazugehörigen Pressemitteilung heißt es: „Die niedersächsische Wirtschaft investiert in Forschung und Entwicklung und ist wesentlicher Impulsgeber für Innovationen. In den ersten drei Monaten der Corona-Pandemie hat sich die Innovationstätigkeit in der niedersächsischen Industrie gleichbleibend gut oder sogar positiver entwickelt: Der Umfang von Forschung und Entwicklungsaktivitäten (FuE) blieb in über der Hälfte der Unternehmen unverändert, und in mehr als jedem vierten produzierenden Unternehmen hat er sogar zugenommen. Eine positive Einschätzung gibt es auch für die Zukunft: Rund 42 % der Unternehmen beabsichtigen, ihre FuE-Aktivitäten in den kommenden zwölf Monaten zu erhöhen. Sorge bereiten jedoch die staatlichen Rahmenbedingungen“ (Medieninformation 37/2020, IHKN, 19.08.2020). Demnach fühlen sich 90 % der befragten Unternehmen durch staatliche Rahmenbedingungen in ihrer Innovationsfähigkeit eingeschränkt. Nach Ansicht der befragten Unternehmen müssten sich folgende staatliche Rahmenbedingungen verbessern: Transparenz bei Fördermöglichkeiten erhöhen und harmonisieren, Antragstellung bei Förderprogrammen vereinfachen, Förderzusagen beschleunigen, vorzeitigen Maßnahmenbeginn ermöglichen, finanzielle Abwicklung vereinfachen und beschleunigen und hohe bürokratische Anforderungen bei Genehmigungs- und Zulassungsverfahren abbauen.

1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung FuE-Aktivitäten in Unternehmen bei, um die Innovationsfähigkeit selbiger zu erhalten und zu fördern?
2. Inwiefern können FuE-Aktivitäten die Wettbewerbsfähigkeit niedersächsischer Unternehmen beeinflussen?
3. Welche Bedeutung haben Forschung und Entwicklung in Unternehmen für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen?
4. Wie hoch war die Anzahl der Patentanmeldungen (je 100 000 Einwohner) in Niedersachsen, und in welchem Verhältnis steht dies zum Bundesdurchschnitt?
5. Welche Programme, Kooperationen und/oder sonstige FuE-Aktivitäten unterstützt das Land zur Förderung von FuE?
6. Inwiefern kann die Landesregierung gegebenenfalls die Kritik der Unternehmen an den staatlichen Rahmenbedingungen für FuE, wie sie aus der Umfrage der IHKN hervorgeht, nachvollziehen (bitte mit Begründung)?
7. Welche staatlichen Rahmenbedingungen für FuE-Aktivitäten, die in der Umfrage angesprochen werden, liegen in der Verantwortung des Landes und welche in der Verantwortung des Bundes?
8. Wird die Landesregierung etwas unternehmen, um der Kritik der Unternehmen an den staatlichen Rahmenbedingungen bei FuE-Aktivitäten zu begegnen, und wenn ja, was?
9. Wie lange werden mögliche Verbesserungen/Vereinfachungen der staatlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung von FuE-Aktivitäten dauern?

10. Wird die Landesregierung schon vor der Veröffentlichung der für November 2020 angekündigten Handlungsempfehlungen Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für FuE-Aktivitäten ergreifen, und falls ja, welche?
11. Kann sich die Landesregierung vorstellen, die staatlichen Rahmenbedingungen für FuE-Aktivitäten derart zu vereinfachen, dass die Zahl der Patentanmeldungen in Niedersachsen zunimmt?
12. Inwiefern ist die Aussage aus der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU „Wir unterstützen die niedersächsischen Unternehmen bei Forschung und Entwicklung. Im Rahmen einer Transferstrategie streben wir eine schnellere Übertragung von Forschung in innovative Produkte und Dienstleistungen an“ (Koalitionsvereinbarung, Seite 85) bisher umgesetzt worden?

(Verteilt am 07.09.2020)